Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9349**
14. Wahlperiode 11. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

**a) zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Schnieber-Jastram, Karl-Josef Laumann, Brigitte Baumeister, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5139 –**

Beschäftigung älterer Arbeitnehmer durch Qualifizierung sichern – drohendem Arbeitskräftemangel vorbeugen

**b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Heinrich L. Kolb, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/5579 –**

Beschäftigung älterer Arbeitnehmer fördern und Einstellungshindernisse abbauen

A. Problem

a) Deutschland steht in der Arbeitsmarktpolitik vor zwei gravierenden Problemen. Einerseits besitzt die Erwerbslosigkeit älterer Arbeitnehmer erschreckende Ausmaße, andererseits wird in allen Prognosen ab 2005 vor einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gewarnt. Beiden Problemfeldern ist nur mit einer weitgehenden Qualifizierungsoffensive für ältere Arbeitnehmer zu begegnen. Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung u. a. auffordern, die Einführung und die staatliche Förderung eines „Job-Rotation“-Programms in Deutschland endlich rasch und konsequent voranzutreiben, Möglichkeiten zu prüfen, den gesetzlichen Bildungsurlaub auch für innerbetriebliche Fortbildung nutzen zu können und die Einrichtung von „Weiterbildungsverbünden“ (nach dem Vorbild von Ausbildungsverbünden) politisch zu fördern und finanziell zu unterstützen, um auch kleineren Betrieben die Fortbildung älterer Erwerbstätiger zu ermöglichen.

b) In Deutschland betrug die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen, d. h. der Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Bevölkerung der Altersgruppe, im Jahr 1999 lediglich 39 Prozent. Statt breit angelegter Frühverrentungsmöglichkeiten mit ihrer faktischen Subventionierung, statt weiterer Verschärfung des bereits vorhandenen tarifvertraglichen und arbeitsrechtlichen Bestandsschutzes, statt unmittelbarer staatlicher Regulierung

oder mittelbarer Steuerung der betrieblichen Weiterbildung durch Subventionierung müssen die eigentlichen Ursachen dieser Entwicklung angegangen werden. Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, u. a. gut gemeinte Schutzvorschriften neu zu justieren, wenn und weil sie sich für den Abschluss von Arbeitsverträgen und damit für die Einstellung gerade älterer Arbeitnehmer nachteilig auswirken. Befristete Arbeitsverträge sollten bereits ab einem Alter von 50 Jahren ohne Sachgrund ermöglicht werden.

B. Lösung

a) **Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU**

b) **Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU**

C. Alternativen

Annahme der Anträge oder eines Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 14/5139 abzulehnen;

b) den Antrag auf Drucksache 14/5579 abzulehnen.

Berlin, den 11. Juni 2002

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett	**Heinz Schemken**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Heinz Schemken

I. Überweisungen, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Überweisungen

Der Antrag der CDU/CSU auf Drucksache 14/5139 ist in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Februar 2001 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag der FDP auf Drucksache 14/5579 ist in der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Juni 2001 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

a) Antrag der CDU/CSU auf Drucksache 14/5139

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 4. April 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 96. Sitzung am 30. Mai 2001 einstimmig beschlossen, auf die Mitberatung zu verzichten.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

b) Antrag der FDP auf Drucksache 14/5579

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Abstimmungsergebnisse im federführenden Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf Bundestagsdrucksache 14/5139 in seiner 101. Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten. Er hat die Beratung dieser Vorlage gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der FDP in seiner 132. Sitzung am 5. Juni 2002 fortgesetzt und abgeschlossen.

a) Antrag der CDU/CSU auf Drucksache 14/5139

Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

b) Antrag der FDP auf Drucksache 14/5579

Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Antrag auf Drucksache 14/5139

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung u. a. auffordern, die Einführung und die staatliche Förderung eines „Job-Rotation“-Programms in Deutschland endlich rasch und konsequent voranzutreiben, Möglichkeiten zu prüfen, den gesetzlichen Bildungsurlaub auch für innerbetriebliche Fortbildung nutzen zu können und die Einrichtung von „Weiterbildungsverbünden“ (nach dem Vorbild von Ausbildungsverbünden) politisch zu fördern und finanziell zu unterstützen, um auch kleineren Betrieben die Fortbildung älterer Erwerbstätiger zu ermöglichen.

b) Antrag auf Drucksache 14/5579

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, u. a. gut gemeinte Schutzvorschriften neu zu justieren, wenn und weil sie sich für den Abschluss von Arbeitsverträgen und damit für die Einstellung gerade älterer Arbeitnehmer nachteilig auswirken. Befristete

Arbeitsverträge sollen bereits ab einem Alter von 50 Jahren ohne Sachgrund ermöglicht und die Instrumente des Arbeitsförderungsrechts überdacht werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechenden Drucksachen verwiesen.

III. Ausschussberatungen

Einig war sich der Ausschuss über das Grundanliegen beider Anträge, nämlich ältere Arbeitnehmer stärker als bisher im Erwerbsleben zu halten. Die Auseinandersetzungen bezogen sich darauf, ob die in den Anträgen vorgeschlagenen Wege diesem Ziel Rechnung tragen.

Die Mitglieder der **Fraktion der SPD** räumten ein, dass die Erwerbstätigkeitsquote der über 55-Jährigen, die etwa 48,6 % betrage, gesteigert werden müsse. Mit dem Job-AQTIV-Gesetz seien jedoch entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden. Die Anträge seien populistisch; im Übrigen würden durch Deregulierung keine Arbeitsplätze geschaffen.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** wiesen darauf hin, dass für das Jahr 2005 ein großer Facharbeitermangel zu befürchten sei. Die Lösung der demographischen Probleme, vor denen Deutschland stehe, dulde keinen Aufschub. Mit dem von der Koalition verabschiedeten Job-AQTIV-Gesetz sei noch nichts Wesentliches erreicht worden. Die Union wolle daher mit einem Zehn-Punkte-Programm die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer durch Qualifizierung sichern, um damit drohendem Arbeitskräftemangel vorzubeugen. Eine verstärkte Inanspruchnahme der Altersteilzeit, wie es jetzt geschehe, sei nicht die Lösung.

Die Mitglieder der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machten darauf aufmerksam, dass im Jahre 2001 die Arbeitslosenquote der über 50-Jährigen im Westen um etwa 15,5 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sei. Die Jobrotation gebe es bereits. Die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer sei im Bündnis für Arbeit beraten worden und habe zu substantiellen Ergebnissen geführt.

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** betonten, die Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer in Deutschland sei schlechter als beispielsweise in der Schweiz, in Norwegen oder den USA. Der „Jugendwahn“, der dazu geführt habe, dass das tatsächliche Rentenbezugsalter bei etwa 59 Jahren liege, müsse ein Ende haben: So müsse die Lebensarbeitszeit verlängert und die betriebliche Fort- und Weiterbildung verbessert werden.

Für die Mitglieder der **Fraktion der PDS** gingen beide Anträge in die falsche Richtung. Mit der Aufhebung von Schutzrechten für die Arbeitnehmer würden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

Berlin, den 11. Juni 2002

Heinz Schemken
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333